



Hubertus Hencke  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
Ratsherr

## Presseinformation

Nr. 45/2013 Kiel, 25. April 2013

Wohnungspolitik

### **Blinder Aktionismus führt nicht weiter**

Zur heute in der Ratsversammlung geführten wohnungspolitischen Debatte (TOP 10.9 und 10.9.1 – „Chancen nutzen – Aktiv auf dem Kieler Wohnungsmarkt eingreifen!“) erklärt der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Hubertus Hencke:

„Tatsache ist, dass es gegenwärtig auf dem Kieler Wohnungsmarkt keine Wohnungsnot gibt. Und auch wenn es durch das Wachstum der Stadt und aufgrund der Zunahme von Ein-Personen-Haushalten mittel- bis langfristig zu Engpässen im preisgünstigen Segment des Wohnungsmarktes kommen kann, wird eine städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht die Lösung der Probleme darstellen. Abgesehen davon ist ein derartiges Engagement angesichts der Haushaltssituation finanziell nicht zu leisten. Somit wird auch das Avege-Insolvenzverfahren keine Chance bieten, weil weder ein Preis bekannt noch eine Finanzierungsmöglichkeit erkennbar ist.

Zur Bewältigung der zukünftigen wohnungspolitischen Herausforderungen setzt sich die FDP-Ratsfraktion daher vielmehr für kleinteilige und dezentrale Lösungen ein, die darauf abzielen, mit bürgerschaftlichem Engagement genossenschaftlich getragene Bauprojekte zu nutzen und aufzuwerten, um beispielsweise Studierenden, Geringverdienern und jungen Unternehmen preiswerten Wohnraum zu verschaffen.

Dieses Konzept der bürgerschaftlichen Genossenschaft ist durch die Kooperation der Stadt mit privaten Immobilienbesitzern, Grundstücksinhabern, lokal tätigen Wohnungsunternehmen und Verbänden zur Weiterentwicklung der Stadtteile zu flankieren und zu fördern. Zudem sind Investoren zu Neubaumaßnahmen, Modernisierungen und nachfragegerechter, barrierefreier Anpassung von Wohnungsbeständen zu motivieren, was durch die Bereitstellung von Informationsgrundlagen, Vernetzungen und die Hilfe bei der behördlichen Abwicklung seitens der Stadt unterstützt werden sollte.

Blinder Aktionismus und der Ruf nach einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft führen also nicht weiter. Und wer versucht, diese Thematik für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen, betreibt letztlich nur plumpe Augenwischerei.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer